

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, dreimonatlich M. 1.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, von keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subscriptionen: Einjährig 30 Mk., halbjährig 18 Mk., vierteljährig 10 Mk., monatlich 1 Mk. 50 Pf. Anzeigen: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf. pro Zeile pro Tag. Abende und Sonntage 50% Zuschlag. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für den Inhalt der Beiträge.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 161.

Breslau, Sonnabend, den 12. Juli 1913.

24. Jahrgang.

Kröcher ade!

Salzwehel, 10. Juli. Bei der heutigen Stichwahl in Salzwehel-Gardelegen stieg Dr. Böhme (Bauernbund, nationalliberal) mit 14 177 Stimmen gegen von Kröcher (Konservativ), der 11 898 Stimmen erhielt.

Die erste der beiden charakteristischen Stichwahlen hat mit der glatten Niederlage der Konservativen geendet — eine Niederlage, die vom politischen wie vom persönlichen Standpunkt aus gleich interessant und bedeutungsvoll ist. Das Opfer des Kampfes ist Herr von Kröcher. Der Exjunkler Kröcher, der sich annahm, der Sozialdemokratie den Sarg zu machen, wenn man sie nur nach den Methoden der Bismarck'schen Blut- und Eisenpolitik behandeln würde. Bekannt ist sein unverschämte Wort, die Sozialdemokratie könne nur Objekt, nur Gegenstand der Gesetzgebung sein, niemals aber Subjekt, das heißt: niemals Mitspracherecht in den Parlamenten selbst. Die Sozialdemokratie könne nur durch die Gesetze behandelt, respektive mißhandelt werden, durch ihre Abgeordneten Gesetze mißschaffen, das dürfe sie nicht. Nun die sozialdemokratischen Wähler von Salzwehel haben zunächst einmal mit dafür sorgen helfen, daß aus dem Gesetzgebungssubjekte Kröcher ein Objekt geworden ist, das wenig Aussicht hat, jemals in den status quo ante, in den vormaligen Stand, zurückgesetzt zu werden.

Als Subjekt hatte sich Herr v. Kröcher so betragen, daß ihm dieses Schicksal reichlich zu gönnen ist. Als Präsident des Abgeordnetenhauses glaubte er die kleine sozialdemokratische Fraktion lahmlegen zu können, wenn er sie durch gehässige Behandlung bis aufs Blut reizte, die Empörungen mit Ordnungsrufen überschüttete und ihre parlamentarische Betätigung durch allerhand Gewaltmaßregeln verführte. Kröcher'scher Geist war es, nicht der des Herrn v. Erffa, wenn Borchardt durch Polizei aus dem Sitzungssaal gebracht wurde.

Nun, Herr v. Kröcher hat den Männerkampf auf dem Präsidentenstuhle des Abgeordnetenhauses längst aufgegeben, weil er sich seinen eigenen hohen Aufgaben nicht gewachsen zeigte, nun setzen ihm auch die deutschen Reichstagswähler den Stuhl vor die Tür, sein Ende ist also etwas früher als das der Sozialdemokratie gekommen.

Als Symptom will aber die Wahl von Salzwehel bewertet sein auch vom allgemein-politischen Standpunkte. Konservativ und Reichspartei sind schon bei den letzten allgemeinen Wahlen eng zusammengewachsen worden und haben sich noch ein paar Dugend Mandate nur durch ihre bekannte Wahlpraxis auf dem Lande erhalten. Die nähere Wahlprüfung ergibt nun, daß noch ein gut Teil der durchgeschlüpften Konservativen außerhalb des Parlamentes gehört und daß die Wähler von Salzwehel-Gardelegen trotz aller Haß so prompt besorgten und die Mehrheitsverhältnisse im Reichstage, soweit es in ihrer Hand lag, klarer zu gestalten versuchten, ist eine Erscheinung, die bei dem konservativen Heerbanne und seinem gesprächigen Manager Runge schweres Unbehagen, bei uns desto mehr Freude auslösen wird. Es wird einsam um Herrn Heydebrandt!

Die Stimmzahlen der Nachwahl überraschen durch die Höhe der Wählerziffern, mit der Böhme den Herrn von Kröcher schlug. Am 2. Juli sind für Böhme 10.750, für Kröcher 6999, für den zweiten konservativen Kandidaten Schulz 4031 und für den Genossen Bergmann 1929 Stimmen abgegeben worden, die beiden konservativen Kandidaten hatten es also auf zusammen 11.048 Stimmen, Dr. Böhme und der sozialdemokratische Kandidat auf 12.721 Stimmen gebracht.

Demnach haben zunächst alle Sozialdemokraten für Dr. Böhme gestimmt, abgesehen ihnen dieser Mann wirtschaftlich fast ebenso fern steht als Kröcher. Es sind aber darüber hinaus noch 1500 Wähler zur nahme für die Stühle vorhanden, die beweisen, daß entweder nicht alle konservativen Schulzwähler dem adeligen Herrn von Kröcher folgten, oder daß in dem Reservestimmen der Nichtwähler nur noch Gegner der Konservativen vorhanden waren. Eine peinliche Ueberzeugung für die Seele von der „Deutschen Tageszeitung“, die so wacker gegen Böhme wegen seiner Bruderhaft mit der Sozialdemokratie gewettert haben und die nun gerade die Dauerstimmen auf den „Freund der Sozialdemokratie“ übergeben haben.

Das Resultat kann also trotz der unsicheren Gestalt des Siegers in jedem Betracht als erfreulich bezeichnet werden und es ist nur zu hoffen, daß der heutige Freitag in Zauch-Bezirk das vollendet, was der gestrige Donnerstag in Salzwehel-Gardelegen begann — trotz der kläglichen Stichwahlparole der Ost-Charlottenburger Nationalliberalen, die sich für den Reichsparteiler Derjen eingesezt haben.

Der neue Balkankrieg.

Rumänien beginnt den Krieg.

Bukarest, 11. Juli. Gestern ist an die rumänische Armee der Befehl ergangen, in Bulgarien einzumarschieren, zugleich ist eine entsprechende Note durch den rumänischen Gesandten der Regierung überreicht worden.

Wien, 11. Juli. Die rumänische Armee hat gestern nachmittags 4 Uhr die bulgarische Grenze überschritten.

Bulgarien sucht Vermittlung.

Petersburg, 10. Juli. Die bulgarische Regierung hat sich an die russische Regierung gewendet, vermittelnd eingzugreifen, damit die Feindseligkeiten eingestellt werden und weiteres Blutvergießen vermieden wird.

Wien, 10. Juli. Von hervorragender diplomatischer Seite erfährt die „Neue Freie Presse“ folgendes: Bulgarien hat in Erkenntnis seiner schwierigen Lage bei den Mächten das Ansuchen gestellt, bei Serbien und Griechenland Schritte einzuleiten, um zu erfahren, unter welchen Bedingungen sie bereit wären, über den Abschluß des Waffenstillstandes zu verhandeln. Die französische Regierung, die im Einverständnis mit ihren Alliierten handelt, hat die Initiative ergriffen, um der bulgarischen Regierung diesen Rat zu erteilen. Man wird sich mit der serbischen und der griechischen Regierung in Verbindung setzen, um diese zur Annahme des Waffenstillstandes zu bewegen. Man hofft, die Zustimmung der beiden Staaten um so leichter zu erhalten, als sie nach objektiven Berichten in günstigerer Lage sich befinden, als zu Anfang des Krieges. Nur dürfen sie ihre Forderungen nicht zu hoch spannen, da Bulgarien den Krieg auf Tod und Leben lieber forsetzt, ehe es sich um mögliche Bedingungen auflegen läßt. Gleichzeitig wird man darüber verhandeln, unter welchen Bedingungen die vier Balkanstaaten jetzt die Petersburger Konferenz beschließen würden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß anläßlich der vollkommen veränderten Lage ein Schiedsgericht von ganz Europa in Kraft tritt und die Konferenz über die Aufteilung Mazedoniens an einem anderen Orte entscheiden wird.

Serbiens Rechtfertigung.

Berlin, 10. Juli. Im Auftrage des serbischen Ministeriums des Aeußeren vorbereitet die serbische Gesandtschaft in Berlin folgende Rechtfertigung:

Allen von bulgarischer Seite verbreiteten Nachrichten, daß bei den letzten Kämpfen die Serben die Angreifer waren, ist folgendes entgegenzusetzen. Aus den bulgarischen Operationsbefehlen, Dienstbefehlen, Zeugenaussagen und aus den Tagebüchern gefangener bulgarischer Offiziere geht hervor, daß die bulgarische Armee in der Stärke von etwa 150.000 Mann und mit etwa 200 Geschützen einen Überfall auf die serbischen Stellungen in Mazedonien unternahm, was auch daraus herbeigeführt, daß die serbischen Waposen überumpelt wurden, und die Bulgaren beim ersten Anlauf zu den serbischen Hauptpositionen gelangten. Zum Beweise befinden sich in serbischen Händen amtliche schriftliche bulgarische Operationsbefehle, die photographiert und veröffentlicht werden. Ferner steht fest, daß die Bulgaren in keinem einzelnen Falle Befehl gaben, die Feindseligkeiten einzustellen, oder daß sie sich aus eigener Initiative zurückgezogen hätten. Auch die Behauptung, daß die Serben in das Gebiet der alten bulgarischen Grenzen eindringen, entspricht nicht den Tatsachen. Das Umgekehrte ist vielmehr der Fall, wie die bulgarischen Angriffe bei Zajeztschar, Radzi-Bogaz, St. Nicolas, Krjazewak, Pirost und Plassina beweisen. Daß die von bulgarischer Seite gemeldeten Kämpfe bei Welos, Kugmanovo, St. Nicolas und Klissel nicht stattgefunden haben können, geht schon daraus hervor, daß die serbischen Truppen die Bulgaren auf der ganzen Bregalnitsa-Linie (Arinofal, Jstip, Poshana, Negovo-Sebirge und Egt Palanka) zurückgedrängt haben und die Angriffe an der alten serbischen Südgrenze bei Plassina (zwischen Wranja und Pirost) abgewiesen worden sind. Ein Blick auf die Karte zeigt dies genügend.

Bulgarien und Rumänien verhandeln.

Wien, 10. Juli. Das „Neue Wiener Tagblatt“ erhält von kompetenter Stelle die Nachricht, der bulgarische Ministerpräsident Danow habe schon zu Beginn der Woche der rumänischen Regierung mitteilen lassen, daß er zu Verhandlungen bereit sei, welche die Neutralität Rumäniens sichern wollten. Die rumänische Regierung antwortete zustimmend und erkundigte sich, welche Ansprüche Bulgarien zu stellen habe. Die bulgarische Regierung erwiderte, daß es nicht an ihr sei, ein Angebot zu machen, vielmehr müßte das rumänische Kabinett seine Ansprüche mitteilen. Bis zum Augenblick scheinen die Verhandlungen zwischen Rumänien und Bulgarien über die Vorfälle hinaus noch nicht gediehen zu sein. Wahrscheinlich wartet man in Bukarest die Beendigung der Mobilisierung und den weiteren Verlauf des Kampfes zwischen Bulgarien und Serbien ab, ehe man zustimmende Beschlüsse faßt.

Die Aufstellung der unbesetzten Zonen.

Wien, 10. Juli. Hier wiewelt man nicht an der aus Paris gemeldeten Unterwerfung Bulgariens. Bulgarien scheint in der Tat total erschöpft zu sein. Die Serben haben zu dem unbesetzten Gebiet noch das nach dem Vertrag unbesetzte Gebiet und werden verlangen, es zu besetzen, und die Griechen werden voraussichtlich auch nicht zu unterlassen sein. Es bleibt noch die Frage, was Rumänien erhalten wird, das sich in die Kosten einer Mobilisation gestürzt hat und nicht leer ausgehen will.

Vom Schlachtfelde.

Saloniki, 10. Juli. Die gegen Strumitza vordringenden griechischen Truppen sind in heftigen Kämpfen mit den Bulgaren begriffen, welche trachten, den Vorstoß aufzuhalten. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Gestern wurden wieder 200 bulgarische Gefangene hierher gebracht. Die Leute sind infolge der Hitze und der überstandenen Strapazen ganz erschöpft. Die Türken erteilen den griechischen Truppen als Wegführer die besten Dienste und helfen auch bei der Verfolgung der bulgarischen Truppen.

Belgrad, 10. Juli. Die Serben stehen auf dem südlichen Kriegsschauplatz etwa auf der Linie Nusan-Roschana-Radowitscha, daran schließen sich die Griechen bei der Strumitza und Doiran an. Der Vormarsch der griechischen Armee gegen Radowitscha begann. Ihrer baldigen Vereinerung mit den Serben steht infolge des Rückzuges der Bulgaren nichts im Wege.

Semlin, 10. Juli. General Zwanzow, der Führer der zweiten und dritten bulgarischen Division, ist nach einer Meldung der „National-Zeitung“, durch die Verlegung seines Rückzuges durch die griechisch-serbische Armee gezwungen worden, mit seinen gesamten Truppen die Waffen zu strecken.

Belgrad, 10. Juli. (Schles. Zig.) Vor Kistenbil wird ein heftiger und blutiger Kampf geführt. Die Bulgaren wurden mehrere Male zurückgeworfen. In Belgrad erwartet man den Fall der Stadt; das Gerücht, daß Kistenbil schon genommen sei, bestätigt sich vorläufig nicht. Die Bevollmächtigten der serbischen Regierung verhandeln gegenwärtig mit Budapestener Mächten wegen Ankaufs von 500 bis 600 Waggons Mehl. Ministerpräsident Paschitsch erklärte in einer Unterredung, die Kämpfe würden schon in kurzer Zeit zu Ende sein.

Belgrad, 10. Juli. Das Pressebureau meldet: Alle Angriffe der Bulgaren auf die serbisch-bulgarische Grenze zwischen Zajeztschar und Pirost wurden vollständig abgesehen. Die Einnahme von Krjazewak durch die Bulgaren war möglich, weil in der Stadt nur wenig Soldaten waren, als aber Verstärkungen ankamen, wurden die Bulgaren vollständig zurückgeschlagen. Es befindet sich jetzt kein bulgarischer Soldat mehr auf serbischem Boden.

Was Rumänien will.

London, 10. Juli. Das Reutersche Bureau erfährt aus gut unterrichteten rumänischen Quellen, daß die Wahlen in Mazedonien noch in dieser Woche vollständig durchgeführt werden. Rumänien nimmt gegenüber keiner der kriegsführenden Parteien eine feindliche Haltung ein, aber es will keine Veränderung des Gleichgewichtes auf der Balkanhalbinsel zulassen, welche ihm selbst schaden könnte. Wenn Serbien ernstlich bedroht sein sollte, wird Rumänien gezwungen sein, Truppen nach Serbien zu schicken, wenn Bulgarien bedroht ist, wird Rumänien seinen Einfluß auf Bulgariens Gunsten ausüben. Außerdem will es sich eine strategisch vorteilhafte Grenze sichern zur Verteidigung seines Gebietes und um die Neutralität Bulgariens, falls Rumänien gezwungen würde, gegen Bulgarien vorzugehen, unmöglich oder wenigstens recht schwierig zu machen. Daher ist es wahrscheinlich, daß die rumänischen Truppen bulgarisches Gebiet bis zur Linie Turtulal (Turtulan) an der Donau und bis Palschik am Schwarzen Meer belegen werden, und daß der Rest der Streitkräfte zur Durchführung von Rumäniens Politik, die Befriedung des Gleichgewichtes der Kräfte auf der Balkanhalbinsel durch Intervention zwischen den Kriegsführenden zu verhindern, verwendet wird.

Die Opfer.

Belgrad, 10. Juli. Da sämtliche Lazarett in Folge der großen Zahl der Verwundeten überfüllt sind, begaun man heute mit dem Bau von Baracken für die Kranken. Der österreich-ungarische Gesandte stellte dem serbischen Roten Kreuz die Gesandtschaftsschule zur Verfügung.

Wien, 10. Juli. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Belgrad: In den Spitälern von Mostar ist die Cholera ausgebrochen.

Saloniki, 10. Juli. Hier sind gegenwärtig 4768 verwundete Soldaten und Unteroffiziere und 140 Offiziere aus den letzten Kämpfen eingetroffen, 1240 Mann und 24 Offiziere wurden außerdem nach Athen geschickt. Die Anzahl der Toten ist bis jetzt noch nicht bekannt gegeben worden. Heute werden weitere 200 Verwundete aus dem Spital nach Griechenland abgeführt werden.

Politische Uebersicht.

Regierung und Erbschaftsteuer.

Die hier lokale „Schlesische Volkszeitung“ machte in einer Auseinandersetzung mit der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Mitteilung:

Täglich haben die maßgebendsten — wir bitten, den Superlativ zu beachten — Stellen der Regierung in Vorbesprechungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die reine Erbschaftsteuer von einer beständigen Weichheit in der auch die Sozialdemokraten hätten sein können, angenommen haben würden, wenn anders keine Verständigung erzielt worden wäre. Darin ist nichts zu ändern. Ob die Regierung schließlich der nationalliberalen Partei gegenüber Druckmittel in der Hand hat oder nicht, lassen wir ruhig dahingestellt. Eine andere Frage ist die, ob die Regierung den Willen hatte, diese Druckmittel den Nationalliberalen gegenüber in Anwendung zu bringen.

Die „Kreuzzeitung“ gerät über diese Meldung ganz außer sich, bedeutet sie doch, sofern sie richtig ist, daß der Einfluß der Junker auf die Regierung viel geringer ist, als bisher schien. Wenn die Regierung sich in Galatun befindet, fragt jetzt auch die deutsche Regierung den Consul darauf, woher und auf welche Weise sie das Geld bekommt. Man

lann daher bezweifeln, wenn die „Kreuzzeitung“ die Meldung des Herikalen Blattes mit folgender Klage begleitet:

Wenn diese Angaben zutreffend sind, wie man angesichts der Quelle doch wohl annehmen muß, so sind die Einstellungen, die wir bisher bereits an der Schwächlichen Haltung der Regierung machen mußten, nicht mehr scharf genug, um das ganze Maß ihrer Nachgiebigkeit zu kennzeichnen. Es hat danach trotz der Liebe des Reichskanzlers von vornherein von jedem Kampf für ihre Fortlage abzusehen, und war bereit, die Sozialdemokratie zum ausschlaggebenden Faktor des ganzen Vorgehens zu machen. Welchen die Mitteilungen der „Schlesischen Volkszeitung“ unangenehm, so hat das Vertrauen in die Kraft der Regierung damit einen neuen schweren Stoß erlitten.

Hoffentlich weiß sich Bethmann-Hollweg über dieses Mißtrauensvotum der Konservativen zu trösten. Für uns ist die Festsetzung der „Schlesischen Volkszeitung“ allerdings ein viel härterer Beweis für die Schwäche des Liberalismus und die „Tägl. Rundschau“ hat schon recht, wenn sie meint, Herr Heydebrand müßte Herrn Wassermann öffentlich seinen und seiner Leute Dank für die Errettung vom Neufestern aussprechen.

Der Professor und die Entwicklung.

Ueber „unser Politik“ orakelt im „Tag“ das Herrenhausmitglied Professor Meinte. Es würde sich nicht lohnen, auf die harmlosen Betrachtungen dieses Vertreters der Intelligenz einzugehen, wenn nicht das, was er über die Sozialdemokratie sagte, so niedlich und natü wäre, daß wir einen Verzicht auf seine Wiedergabe für eine Benachteiligung unserer Leser halten müßten. Der Herr Professor redet von den sozialdemokratischen Dogmen, die sich mit der Fähigkeit von Parasiten in den Köpfen der Genossen behaupteten.

Und doch widerspricht das blühende Leben um uns her all seinen Forderungen. Ein tüchtiger gelernter Arbeiter steht sich heute besser als ein preußischer Kreisrichter vor einem halben Jahrhundert. Wir anderen Berufs, die wir uns wahrlich nicht weniger als „Arbeiter“ fühlen, stehen den sozialdemokratischen Lehren immer hilflos gegenüber. Die Hauptsache ist aber, daß der Staat solche Pflanzstätten als seine Pflicht anerkannt hat, und dieser Pflicht in großzügiger Weise durch seine soziale Gesetzgebung, insbesondere durch das Versicherungswesen nachkommt.

Aber der Gute gibt trotz alle dem die Hoffnung nicht auf. Er rechnet bestimmt auf den Tag von Damaskus, da uns die theoretischen Schuppen von den Augen fallen werden. Ja mehr als das. Er zeigt uns sogar den Weg, auf dem die Sozialdemokratie zur grünen Weide praktischer Politik und wertvollere Erfolge sicherer gelangen kann, als mit Hilfe von Generalstreiks und sonstigen Rezepten.

Sie brauchen nur zu berücksichtigen, daß es ein politisches Gesetz gibt, welches lautet: Je mehr man an die in steter Entwicklung gerordenen Verhältnisse anknüpft, um so leichter und sicherer wird man eine politische Reform erreichen. Es ist das Gesetz der geschichtlichen Entwicklung, daß sich so wenig ungestraft verleben oder vernachlässigen läßt wie ein Naturgesetz.

Gott sei Dank, daß es noch Professoren in Deutschland gibt, sonst wäre die Sozialdemokratie niemals gerade auf das Entwicklungsgesetz gekommen.

Konservative Bündnissehnsucht gegen die Roten.

Die sächsischen Konservativen fühlen sich in ihrer Vereinsamung recht unglücklich, sie suchen mit aller Gewalt wieder in engere Beziehungen zu den Nationalliberalen zu kommen. Der „Voss. Zig.“ wird hierzu aus Dresden geschrieben:

Die Konservativen in Sachsen haben bereits zweimal von den Nationalliberalen einen Korb erhalten, als sie Annäherungsversuche machten. Trotzdem haben sie jedoch einen Beschluß gefaßt, der darauf hinausläuft, einen dritten Versuch zu unternehmen. Sie haben nämlich beschlossen, auf jeden Fall die Wiederwahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Fräulein in das Präsidium der Zweiten Kammer zu verhindern. . . . Weiter haben die

Konservativen beschlossen, eine gegenseitige Wiederannäherung der bürgerlichen Parteien in dem Sinne zu fördern, daß unter ihnen bei voller Wahrung ihres grundsätzlichen Standpunktes jede unnötige Verschärfung des Kampfes vermieden und dadurch wieder eine „gemeinsame Bekämpfung der Gegner der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ ermöglicht wird.

Nach der Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ sperren sich die Nationalliberalen und Fortschrittler gegen das Liebeswerben der Konservativen, weil diese erst jüngst über das Steuerkompromiß sehr grob geworden seien. Die nächste Landtagsession wird aber vielleicht schon ein anderes Gesicht zeigen.

Nationalliberale Zämmertlichkeit.

Die Nationalliberalen, die eben noch von den Konservativen wegen ihrer Haltung bei der Erledigung der Deckungsvorlagen rechts und links um die Ohren gehauen werden, geben für Jand. Belgig die Stichwahlparole aus, für den Konservativen und gegen den Sozialdemokraten zu stimmen. An der Spitze der „Nationalliberalen Korrespondenz“ befindet sich die folgende sicher parteilose Weisung:

Im Reichstagswahlkreis Jand. Belgig-Ludenwalle findet am Freitag die Stichwahl zwischen dem freikonservativen bisherigen Abgeordneten v. Dergen und dem sozialdemokratischen Kandidaten statt. Die Volkspartei hat soeben Parole gegen Herrn v. Dergen ausgegeben. Demgegenüber halten wir es für selbstverständlich, daß die Nationalliberalen Mann für Mann ihre Stimmen dem bürgerlichen Kandidaten zuführen. Da die Volkspartei es unterlassen hat, positiv zur Wahl des Sozialdemokraten aufzufordern, so kann selbst wenn die fortschrittlichen Wähler insgesamt der Weisung ihrer Parteileitung folgen sollten — was bekanntlich im Vorjahre nicht der Fall war — erwartet werden, daß der Wahlkreis dem nationalen Bürgerthum erhalten bleibt.

Der nationalliberale Verein Ost-Charlottenburg, den die Geschichte an sich gar nichts angeht, erläßt auch noch eine große Erklärung, in der aufgefördert wird, für den „maßvollen“ und „keineswegs reaktionären“ Politikern v. Dergen zu stimmen. Natürlich haben entsprechend dieser Weisung die nationalliberalen Vereine im Wahlkreis selbst die gleiche Parole ausgegeben. Glücklicherweise kann die einseitige Hebelerei der Nationalliberalen, denen offenbar vor ihrer Mannhaftigkeit den Konservativen gegenüber schon wieder bange ist, nicht viel Unheil anrichten. Im Kreis Jand. Belgig spielt die nationalliberale Partei gar keine Rolle. Es wurden im Jahre 1877 einmal 186 Stimmen und im Jahre 1893 für den nationalliberalen Abg. Hübner 761 Stimmen abgegeben; sonst weiß der Kreis, solange der Reichstag besteht, keine nationalliberalen Truppen weiter auf. Es mögen sich unter den für den Fortschrittler abgegebenen Stimmen einige befinden, denen es wohl bei den Konservativen wie bei den Liberalen ist, aber die fallen für die Entscheidung nicht ins Gewicht. So wird die nationalliberale Parole weiter keine Bedeutung haben, als daß sich die Zämmertlichkeit des Rechtsliberalismus wieder einmal in seiner ganzen Glorie zeigen konnte.

Wer in der Wählerliste steht, soll wählen.

Die Wahlprüfungskommission hat sich aus Anlaß verschiedener Vorwände, auf die sie bei Prüfung der Wählerlisten stieß, mit der Frage beschäftigt, ob die in den Wählerlisten eingetragenen wahlberechtigten Personen auch dann wahlberechtigt sind, wenn sie nach der Eintragung in die Wählerliste ihren Wohnsitz verlegt haben. Die Frage wird besonders bei Nachwählern, die innerhalb eines Jahres nach der Hauptwahl auf Grund der alten Wählerlisten stattfinden, aktuell, und die Regierung hat beispielsweise bei der Wahl in Neuh. a. L. sich auf den Standpunkt gestellt, daß die verzogenen Wähler nicht wahlberechtigt seien, trotzdem sie in der Wählerliste stehen, weil das Gesetz erfordert, daß der Wähler zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz an dem Ort haben müsse. Die Wahlprüfungskommission hat mit 12 gegen 2 Stimmen beschlossen:

- Der Reichstag wolle beschließen:
- 1. die in der Wählerliste eingetragenen Wähler sind bei einer Nachwahl zur Ausübung des Wahlrechts auch dann berechtigt, wenn sie inzwischen ihren Wohnsitz verlegt haben;
- 2. der Beschluß zu 1. ist dem Herrn Reichskanzler zur Kenntnisnahme mitzuteilen.

Wahlkreis. Weisung in die Frage in der einzig zulässigen auch logisch richtigen Weise gefaßt: wählen soll jeder, es darf nur wählen, wenn er in der Wählerliste steht und wenn sich nun nach der Eintragung in die Wählerliste Veränderungen bezügl. der Wohnsitz, um den Wähler nicht um sein Wahlrecht zu bringen, eben die Eintragung in die Wählerliste das Maßgebende bleiben und der Wähler zur Eintragung in die Wählerliste verpflichtet werden, auch wenn er seitdem seinen Wohnsitz verlegt hat.

Keine Herbsttagung des Dreiklassenparlamentes? Eine offiziöse beherrschte Korrespondenz teilt mit, daß die Meldung von der Herbsttagung des Abgeordnetenhauses „in irgendwelchen dienstlichen Erwägungen der Regierung eine Stille nicht findet“. Wenn auch naturgemäß ein Beschluß des Staatsministeriums in dieser Frage noch nicht gefaßt ist, so sei doch anzunehmen, daß von dem üblichen Termin der Einberufung des Parlamentes, die im Januar zu erfolgen pflegt, auch die einmal nicht abgegangen wird. Der Etat werde, wie üblich, zur Weihnachtzeit ausgiebig veröffentlicht und im Januar bei der Eröffnung des Landtages eingebracht.

Arbeit für den Reichstag. Neue Vorlagen, die dem Reichstage im Herbst vorgelegt werden sollen, sind bereits in dem Ressort in Vorbereitung. Soweit die jetzt feststehen, werden dem Reichstag zugehen: der Entwurf über die Errichtung eines obersten Kolonialgerichts Hofes, der im Bundesrat bereits angenommen ist; der Entwurf über die Haftpflicht der Eisenbahnen, das neue Theatergesetz, das Totalitarergesetz, die Besteuerung der Buchmacher, und der Entwurf über die Unfallfürsorge privater Verkehrsleistungen. Dazu kommen noch die unerledigt gebliebenen Vorlagen (Postgesetz, Petroleummonopolgesetz, Jugendgerichtsgesetz, Konkurrenzlaufes usw.), so daß die nächste Session ebenfalls eine arbeitsreiche werden wird. Von der Vorlegung einer neuen Telephonreform ist Abstand genommen worden, da ihre Annahme im Reichstag keine Aussicht hat.

Reichsgesetz über die Haftpflicht der Eisenbahnen. Eine politische Korrespondenz meldet: „Der Entwurf über die Haftpflicht der Eisenbahnen ist nach langwierigen Vorberathungen mit den Regierungskreisen und den Vertretern des Bundes deutscher Lohnunternehmer und des Vereins deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen endgültig abgeschlossen worden; er wird als eine der ersten Vorlagen dem Bundesrat im Herbst beschickt und im Winter dem Reichstage vorgelegt werden. Der Entwurf regelt die Haftpflicht der Personenschäden und Sachschäden. Gemäß den Vorschlägen der Interessenten ist in dem Entwurfe unterschieden zwischen Bahnen mit eigenem Bahnkörper und Bahnen in Straßen ohne besonderen Bahnkörper. Für letztere gelten im allgemeinen die Bestimmungen des Reichshaftpflichtgesetzes unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse, während für die Straßenbahnen die Haftpflichtbestimmungen dem Automobilhaftpflichtgesetz nachgebildet sind. Für die Straßenbahnen empfahl es sich, die ziemlich schweren Bestimmungen des Reichshaftpflichtgesetzes zu mildern, da diese Bahnen eigentlich noch schlechter gestellt sind als Automobile, die Zusammenstöße viel eher wie eine Schienenbahn ausweichen können.“

Freiherr v. Seyd. der bisher nationalliberale Ueberagrarier, ist nun förmlich der freikonservativen und deutschen Reichspartei beigetreten.

Dort gehört er schon lange hin und mancher seiner Parteilgenossen auch.

Was den Agrariern gulebe. Ueber die Weiterführung des landwirtschaftlichen Unterrichts im Heere haben, wie die „Post“ meldet, sowohl der Kriegsminister wie der Minister für Landwirtschaft kürzlich Verfügungen erlassen, in denen im Gegensaß zu Meldungen pessimistischer Art betont wird, daß die bisherigen Erfahrungen keineswegs die Annahme rechtfertigen, daß die versuchsweise eingeführten Unterrichtskurse ausgegeben werden sollten. Andererseits konnte auch noch nicht zu einem abschließenden Urteil darüber gelangt werden, ob die Einrichtung als eine dauernde und obligatorische eingeführt werden soll. Der landwirtschaftliche Unterricht hat sich, so heißt es in der Meldung der „Post“, nach den vorliegenden Berichten insofern günstig entwickelt, als in den Garnisonen jetzt überall ein Zusammengehen aller beteiligten Faktoren zu erkennen ist und auch auf eine planmäßige Leitung des Unterrichts hingewirkt wird.

Die „Unterrichtskurse“ haben zweifelsohne den Zweck, den Agrariern willige Arbeitskräfte zuzuführen. Man scheint aber selbst in der Kaiserne den Vorzufen so wenig Gehör geschenkt zu haben, daß die Einstellung des „Unterrichts“ ins Auge gefaßt worden ist.

Der Rückgang der Schweinezüchtung. In Mecklenburg-Schwed. hat der Bestand an Schweinen bedenklich abgenommen, nämlich binnen sechs Jahren um 76.126 Stück und seit dem vorigen Jahre um 64.833 Stück. Dazu kommt der Mangel an Rindern und Schafen, der die Schlächter gleichfalls in große Verlegenheit setzt. Und da fahren die Agrarier fort sich gegen die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch aus anderen Ländern aufzulehnen, als ob sie Deutschland hinreichend mit Fleisch versorgen könnten!

Erwedd.

Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger.

„Was also auf meinen Schölergesicht zurückzukommen“, fährt Altmann fort, „so hat der selner Frau erzählt, was sie verabschiedet hatten. Die hat es meiner Frau anvertraut und von der habe ich es erfahren. Weil die Polizei hier den Streikern jede Versammlung verbietet, war ausgemacht worden, gestern morgen über die Grenze zu gehen und drüben eine Versammlung abzuhalten. Da habe ich mich noch früher auf die Weine gemacht. Der Wirt von dem Lokal, in dem die Versammlung sein sollte, war mir bekannt. Ich auch ein Militärveteran, aber ich ein Sozialist, bei dem erst das Geschäft kommt. Sonst hätte er doch Sozialisten, die aus einem anderen Staate kommen, gar nicht aufnehmen.“

„Eigentlich nicht, nein! Wie verhält es sich nun die Versammlung?“ fragte Rosal. „Das weiß ich nicht, es ist mir unbekannt.“

„Na, ich habe zunächst den Wirt angeschaut, und er hat mich als alten Kameraden auch gut aufgenommen. Nur als er hörte, was ich ihm wollte, wurde er bedenklich. Aber schließlich ist er mir doch zu Willen gewesen und hat mich in einem kleinen Zimmerchen über dem Saale verpackt. Ich habe da freilich sehr schlecht geschlafen und lange warten müssen, weil ich zeitig zur Stelle war, aber ich habe durch ein Guckloch den ganzen Saal übersehen können und jedes Wort, das gesprochen wurde, deutlich hören können.“

„Da ist natürlich wieder so ein Kollaterale von außerhalb dazugekommen und hat nach Hause gehen, nicht wahr?“

„Natürlich! Aber mit dem hat kein Staat zu machen. Er konnte mir nichts reden, war heiser und mußte nach zehn Minuten gehen.“

„Was soll ich Rosal. Und damit war die Geschichte wieder zu Ende?“

„Nein, nein! Als der Fremde nicht mehr weiter konnte, ist er weggegangen, aber mit einem, der die Hände gefesselt und bei ihm lag. Der hat aber ausgesprochen, und alles, was dem sozialdemokratischen Proletariat heilig und teuer ist, sprachlos herabgelassen.“

„Was soll ich Rosal?“

„Natürlich! Ich habe mir gegen nachmittag gleich alles ein Bild gemacht, was er gesagt hat.“

„Was war denn? Reden Sie mir was für, was der Herr Altmann hat eine große Binsen beschriebenen.“

„Hier aus seiner Rocktasche und jetzt sich schnell die Brille auf. „Erst hat er es ja noch glimpflich gemacht, aber je länger er redete, desto ausfallender wurde er. Man wisse nicht, hat er gesagt, aber was man sich mehr wundern solle, über die Unvernunft der die Sozialpolitik der Fabrikanten, die sie veranlassen, eine so selbstverständliche und notwendige Sache, wie es die Verkürzung der Arbeitszeit von zehneinhalb auf zehn Stunden sei, in so brutaler Weise zu beschneiden.“

„So! Und das war noch glimpflich?“

„Jawohl! Und dann hat er weiter gesagt, es gäbe vielerlei Mord. Der erste bestehe darin, daß man einem Menschen kurzerhand das Lebenslicht auslösche. Bei dem andern würde dem Menschen durch Ueberarbeitung und Unterernährung die Lebensflamme heruntergeschraubt, bis sie lange vor der der Natur festgesetzten Zeit verlösche. Dieser Mord werde nicht einzeln begangen, sondern fortgesetzt als Massenmord an der Arbeiterklasse im allgemeinen und an den Weibern ganz im besonderen verübt.“

„So! So!“

„Ja! Ja! Und näher hat er gesagt, wer einen einzelnen Menschen Mord begehe, der werde mit Recht von allen gerechten Menschen verabscheut, auch wenn ihm noch so viele Verherrlichungen zur Seite ständen, und er werde ausgetrieben aus der menschlichen Gesellschaft. Diejenigen aber, die Massenmord verüben, indem sie, wie aus Hier noch immer mehr Millionen von Arbeitern von dem Ertrag der Arbeit nicht so viel gönnten, daß sie sich ordentlich ernähren, gesund wohnen und richtig ruhen können, die spielen sich als die Spinnen von Staat und Gesellschaft auf, bekümmern sich nicht um die Arbeiter, sondern gegenüber den armen, arbeitenden Völkern als die bessere Gesellschaft.“

„So! So!“

„Ja! Ja! Und gepöbelt hat er auch. So hat er gemeint, das würde dann eintrüben, wenn die Eintrübenverhältnisse etwas in der Welt veränderten würden, daß die Arbeiter ein bißchen mehr, die Fabrikanten ein bißchen weniger Einkommen hätten?“

„Dann würden sich eben die Arbeiter ein klein wenig mehr Fleisch auf die Rippen essen, und es würden nicht mehr so viele an der Spinnweberei sterben. Und wenn die Fabrikanten den Rest davon etwas höher gebüßelt bekämen, würden sie nicht mehr so von Selbstbeschränkungen geplagt werden und nicht nötig haben, in jedem Jahre vier Wochen nach Winterruhe zu lassen, um sich bei der überflüssigen Zeit heranzukümmern zu lassen.“

„So! So!“

„Ja! Ja! Und weil unser Herr Gucklochiger Handl geizig hat, hat er in der Zeit im Bericht im Berichtsgesetzgebung die Arbeiter zur Gänze und unterer anfordert und zur Zu-

friedenheit und Ergebung in das ihnen von unserem Herrgott zugewiesene Erdenlos ermahnt hat, ist er auch über den hergefallen.“

„Was Sie sagen?“

„Jawohl! Erst hätten sich die Fabrikanten auf die blauen Gendarmen verlassen, die man von überall her zusammengezogen habe. Aber nachdem die es nun mit all ihrem Schweiß und ihres Brutalität nicht schaffen, müßten es die schwarzen Gendarmen mit ihrem Stoppelhaare versuchen, die Arbeiter wieder in das alte Joch zu bringen.“

„So! So!“

„Ja! Ja! Aber die Pastoren, das seien gerade die richtigen, hat er gesagt. Die Arbeiter verdrängten sie auf die Freuden des Paradieses, sie selbst aber hielten es schlauevorne für mit den Genüssen der Erde. Dem Volke predigten sie Friede und Gerechtigkeit, aber hinter den Kulissen nie genug Gehalt bekommen. Das Einkommen des niedrigbezahlten Geistlichen sei immer noch höher als das Einkommen, mit dem drei Arbeiterfamilien noch eintüchtigen müßten. Deshalb erreichten auch die Geistlichen im Durchschnitt ein dreimal höheres Lebensalter als die Arbeiter.“

„So! So!“

„Ja! Ja! Und dann hat er gesagt, wenn Jesus, der ein wirklicher Volksheld und Revolutionär gewesen sei, heute wieder käme, würde er sich bedingungslos auf die Seite der Arbeiter stellen, und er würde mit einem Donnerwetter über die Fabrikanten kommen und ihnen nach dem Muster der Bergpredigt ein Skrupelhaftigkeit halten, daß es ihnen vier Wochen lang in den Ohren klingen würde.“

„So! So!“

„Ja! Ja! Nachher hat er die Stellen aus der Bergpredigt verlesen, wo es heißt, daß ein Kamel eher durch ein Nadelohr gehen könne, als daß ein Reicher in das Himmelreich komme, wie auch das Gleichnis vom reichen Manne und dem armen Lazarus. Dann hat er höhnisch gesagt, wenn schon der reiche Mann, den Christus zu seinem Beispiel verwendete, bei doch noch ein dergleichenweise anständiger Mensch gewesen sei, dann er habe den armen Lazarus vor seiner Tür gelitten, von Erwigkeit zu Erwigkeit Höllenqualen erdulden müsse, wie wird es da erst unseren reichen Fabrikanten ergehen. Für die werth der Engel gleich Engelabenteiler errichten, in denen sie nach ausgedient Methoden gehämmert würden.“

„So ein Kamel!“

„Ja! Und nachher hat er sich unsere Volksgewaltigkeit vorgememmt und hat sie so schlecht gemacht, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von ihr nehmen möchte.“

„Nicht möglich!“

Russland.

Russische Spionage in Italien.

Das die russische Geheimpolizei auch in Italien ihr Wesen treibt, wurde schon vor zehn Jahren durch den „Avanti“ bekannt, als der russische Schriftsteller Amplykoff die Verfolgungen, denen er in Italien ausgesetzt war, durch den „Avanti“ an die große Glocke brachte. Jetzt veröffentlicht nun der um die Entlarvung der russischen Geheimvolizei hochverdiente Sozialist Burzess im Genueser „Lavoro“ einen Brief, in dem er alle rechtlich denkenden Menschen Italiens aufruft, gegen die schandbare Tatsache Stellung zu nehmen, daß italienische Behörden den russischen Politisten Zuhälterdienste leisten. Seit mehreren Jahren wirken in Italien vier russische Politisten mit Namen Krassnikoff, Vittard, Durin und Perviss. Hauptort ihrer Tätigkeit ist die Riviera, wo sich zahlreiche russische Flüchtlinge aufhalten. In zwei Rivieraorten wird den Angaben Burzess zufolge die Korrespondenz der Russen durch die Mithilfe des Postbeamten russischen Spionen ausgeliefert, um von ihnen gelesen und dann weitergeliefert zu werden. Auf Grund der auf diese verwerfliche Weise erlangten Informationen werden dann in Rußland Verhaftungen vorgenommen und schwere Strafen verhängt. Die schändliche Wirklichkeit der russischen Politisten in Italien ist natürlich nur durch die Beteiligte der italienischen Polizei nicht möglich. Burzess veröffentlicht im „Lavoro“ das Empfehlungsschreiben, mit dem der Politistenminister von Chiavari die russischen Spione verurteilt hat. Bis jetzt galt Italien so ziemlich als das einzige Land, in dem man die Russen ungeschoren ließ. Jede Verletzung des Gastrechts wurde auch in bürgerlichen Kreisen als eine Niederträchtigkeit bezeichnet. Als vor acht Jahren der Revolutionär Ghis aus Italien ausgewiesen werden sollte, kam es zu einer allgemeinen Protestbewegung, die das Ministerium bewog, das Auslieferungsverfahren einzustellen. Obwohl die italienische Bourgeoisie auch heute in dieser Stunde reaktionärer hochsteht, noch so viel Unstaudgefühl und echten nationalen Stolz an den Tag legt, wird, um gegen die Schande des Ghis, daß italienische Beamte den Schergen des Zaren Danbangerdienste tun? Uns will es scheinen, als ob die letzten Jahre nationalstiftischen Größenwahns das Unstaudgefühl der Bourgeoisie in dieser Hinsicht recht abgestumpft haben.

Der Jahrestag des Züricher Generallstreiks wird am 12. Juli von Gewerkschafts- und Parteiorganisationen festlich begangen werden. Eine besonders heitere Note erhalten diese Gedenkfeiern dadurch, daß der feierzeit gegen 600-800 Teilnehmer und „Rädelsführer“ eingeleitete Monstreprozeß bis heute noch nicht über die Einleitung hinausgekommen ist. Man sucht anscheinend immer noch nach dem Paragrafen, mittels dessen man die Teilnahme an einem Massenstreik mit Zuchthaus bestrafen kann. Im Gesetzbuch steht er nämlich nicht!

Die Jugendreisen der Züricher Arbeiter-Union. Eine schöne Einrichtung besteht in Zürich: Die Arbeiter-Union (das ist das Kartell aller politischen und gewerkschaftlichen Arbeitervereine etc.) unternimmt in den Ferien mit den Kindern, die sich keine Ferienreise leisten können, kleinere und größere Reisen in die Alpen und das Vorgebirge. Die Führung übernehmen sozialdemokratische Lehrer und Lehrerinnen. Jede Tour dauert circa 3 bis 5 Tage, während welcher Zeit die Kinder auf Kosten der Union verpflegt werden. In den Städten logieren sie meist bei kinderfreundlichen Genossen, in den Bergen in den Alpen- oder Seebühnen im Neu. Dieses Jahr nehmen 157 Kinder (97 Knaben, 60 Mädchen) in sieben Gruppen daran teil. Freiwillige Beiträge der Vereine ermöglichen die Reisen.

Eine Agentur für falsche Veteranen. In Neapel hat man soeben die Existenz einer eigenartigen Agentur entdeckt. Drei alte Männer, die sich als Exgaribaldiner ausgeben, haben es sich zum Gewerbe gemacht, den Veteranen der italienischen Freiheitskämpfe alle Urkunden und Bescheinigungen zu besorgen, deren sie zur Erlangung der vom Parlament im Jubiläumsjahr bewilligten Pensionen bedürfen. Da tatsächlich sehr viele Dokumente verlangt werden, könnte man der Agentur die Lebensberechtigung nicht abprechen. Es stellt sich nun aber heraus, daß sie zahlreichen Personen, die nie einen Krieg mitgemacht haben, durch Herstellung falscher Dokumente Pensionen verschafft haben und außerdem für authentische Garibaldiner Pensionen einkasieren, deren nominellen Empfänger seit Jahr und Tag tot sind.

Fremdenlegion in Spanien. Der spanische Kriegsminister bereitet die Prüfung der Frage der Schaffung einer Fremdenlegion für das amerikanische Spanien vor. Der König unterzeichnete einen Erlaß, betreffend die Entsendung Freiwilliger aus Afrika.

Die Kämpfe der Spanier in Marokko. Am Mittwoch verschossen Mauren die Spanier bei Bourion; sie töteten einen Korporal und 2 Soldaten. Die Spanier machten einen Ausfall, wurden aber von einer großen Anzahl Mauren angegriffen. Die Mauren wurden durch spanische Artillerie unter großen Verlusten zurückgetrieben. 15 Spanier waren kampfunfähig.

Die Teilung der Neu-Hebriden. Die Frage der Teilung der Neu-Hebriden wird in französischen Kolonialkreisen viel diskutiert. Man ist dort der Ansicht, daß der derzeitige Zustand sich nicht lange aufrecht halten läßt. Tatsächlich schicken die englischen und französischen Anstiedler auf diesen Inseln seit einiger Zeit bringende Petitionen in diesem Sinne. Der französisch-englische Vertrag vom 20. Oktober 1906, durch welchen das gegenwärtige Condominium eingeleitet wurde, bezeugt nämlich in der Praxis den größten Schwirren. Die Frage jedoch, wie die Teilung durchzuführen wäre, ist um so schwieriger, als einerseits die Australier in Anwendung der Montrosdoktrin auf Australasien den ganzen Archipel fordern und andererseits Neu-Caledonien und die Franzosen der Neu-Hebriden die gleiche Forderung stellen, indem sie behaupten, die Inseln seien eine natürliche Dependenz von Neu-Caledonien. Wie verläuft, ist diese Frage gelegentlich des Besuchs des Präsidenten Poincaré in London Gegenstand der Erörterung gewesen.

Die weitere Entwicklung der Affäre Raissal. Der deutsche Geschäftsträger in Marokko, der am Mittwoch seine Urlaubreise nach Deutschland von Tanger antrat, hatte mit Raissal, der sich angeblich um den Schutz Deutschlands bewirbt, vor der Einschiffung ein lange Unterredung. In Madrid herrscht infolgedessen helle Enttäuschung über die Sache und die Unwilligkeit Deutschlands, und man appelliert in der Presse an den Gerechtigkeitssinn des deutschen Kaisers. Eventuell soll der Fall vor ein internationales Schiedsgericht gebracht werden. Der deutsche Votschafter in Madrid ist ebenfalls in die Ferien gegangen.

Ein Massenstreik gegen die Todesstrafe. Am 28. Juni begann in Kronstadt eine Kriegsverhandlung gegen 12 Matrosen der Offiziersflotte, die revolutionärer Umtriebe beschuldigt waren. Die Mehrzahl hatte Todesstrafe zu erwarten. Das ergab unter den Veteranen der Arbeiterklasse eine Bewegung, daß sie in allen Fabriken den Streik erklärten. Am ersten Tage streikten 4000, am zweiten die doppelte Zahl, und der Streik begann nach Moskau und den Provinzen überzugreifen. Während der acht Verhandlungstage ruhte die Arbeit. Die Arbeiter erklärten, sie würden kein Todesurteil dulden. Das

Meinell des Kriegesgerüchtes, dessen blühende Rücksichtlosigkeit sonst wohl bekannt ist, trug der Sachlage Rechnung. Es verurteilte 27 Matrosen zu Kerker, 20 zu Strafabteilung und sprach 6 frei. Kein Todesurteil wurde verhängt.

Kämpfe in der Mongolei. Aus Urga wird berichtet: Die Truppen der Sibmongolei sind durch ihren an Zahl überlegene Chinesen, die auch mit stärkerer Artillerie bewaffnet waren, in der Nähe von Kulu-choto geschlagen worden. Die Verluste der Mongolen sind verhältnismäßig gering.

Schlesien, Bosen und Nachbargebiete.

Selb Hippold.

Der eigentliche Urheber des Waldenburger Meinolds-Prozesses ist der Redakteur Hippold vom freikonservativen Neuen Tageblatt in Waldenburg; er versprach dem Adhler Stellung in seinem Blatt, falls er die Denunziation beim Staatsanwalt einreichte. Dieser Hippold war früher Redakteur in Neu-Strelitz und machte dort eine Zeitung, die in der Begeisterung der Arbeiterbewegung jeden Reform schlug. Als Vorsitzender der „vaterländischen Arbeiter“ schied er auch nicht dabei zurück, in einer öffentlichen Versammlung zu Neu-Strelitz unseren Referenten auf der Bühne anzugreifen und ihn mit einer Seltensache zu bedrohen. Oft genug auch druckte er Blätter aus unserem mecklenburgischen Parteiblatt ab, um im Anschluß daran die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten aufzufordern. Ganz besonders hegte Hippold gegen den Konsumverein in Neustrelitz. Es kam schließlich dieserhalb zu einem Prozeß, über den es in dem schriftlichen Gerichtsprotokoll heißt:

„Des Weiteren haben die vom Angeklagten benannten und benommenten Zeugen behauptet, daß nach ihrer Ansicht der Kläger (Hippold) in der mitgeteilten Zeitung mehrfache in Art und Weise der Wirklichkeit nicht entsprechende Behauptungen aufgestellt habe. So nämlich, daß die Ortskrankenkasse und der Konsumverein vornehmlich sozialdemokratischen Interessen dienen. Das ist unrichtig.“

Als die „Mecklenburgische Volkszeitung“ damals diese gerichtlichen Tatsachen mit dem Abdruck vorkommenden Satzes des Gerichtsprotokolls öffentlich bekannt machte, schickte Hippold sich getroffen, daß er wegen Verleumdung gegen unser Post- und Parteiblatt klagte. Das Gericht wies ihn aber kostenpflichtig ab, da es sich um „ein völlig richtiges Blatt aus dem Gerichtsprotokoll“ handelte. — Ehe Hippold nach Waldenburg überdies, war er schon dort gewesen als Delegierter zum „vaterländischen Verbandstag“, für den bekanntlich die niederschlesischen Kohlenbarone die finanziellen Kosten in Höhe von 4500 Mark zu tragen bereit erklärten unter der Bedingung folgender „Konventionen“:

„Genau Rechenschaft über die auf dem reichstrunkenen Verbandstage zu treffenden Veranstaltungen.“

„Die Verwendung darf nur unter der Kontrolle der Kohlenbarone und mit deren Zustimmung geschehen.“

Für seine letzte Tätigkeit in Waldenburg und insbesondere für die im Meinoldsprozeß hatte Hippold sich in Neustrelitz mit Eifer vorbereitet.

Reichenbach, 11. Juli. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwochabend auf dem Grundstück der Rosenberger'schen Spinnerei. Der Spinner, Genosse Kümmer, hatte einen Baum besägen, um dessen Äste zu beschneiden. Plötzlich stürzte er hinab und brach sich Arm und Bein. Der Verunglückte, der verheiratet ist und mehrere Kinder hat, wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Weigenroben, 11. Juli. Töblicher Unglücksfall. In der Köpflischen Zuckfabrik verunglückte Donnerstag früh der Maschinenmeister Dörschill aus Kopenhagen beim Abmontieren von Maschinen dadurch, daß er aus beträchtlicher Höhe abstürzte und ein nachfolgender schwerer Wollschiff ihm auf den Kopf fiel, so daß er sofort tot war.

Bogendorf, 11. Juli. Infolge böswilliger Brandstiftung brannte am Mittwochabend eine zweiseitige gefüllte Scheuer des Gutsbesizers Schubert völlig nieder.

Langenau, 11. Juli. Der Tod in der Fremde. In einem Forst bei Woscheyz (Gobz) fand man beim Reinigen eines Grabens die Leiche eines Mädchens abgetrieben in einem Busche mit ausgerissenen Haaren und halbnackt. Nach den Ermittlungen soll es sich um die am 27. Februar 1887 geborene Rosalie Seim aus Langenau handeln. Allem Anschein nach handelt es sich um ein Verbrechen.

Ohrau, 9. Juli. Die menschenfreundlichen Fleischer. Die Fleischpreise am hiesigen Orte befinden sich schon seit langem auf einer Höhe, die hinter denjenigen der Großstadt nicht nur nicht zurückbleiben, sondern oft (man vergleiche die Preise in den Berliner Warenhäusern) darüber hinausgehen. Man sollte meinen, daß angesichts der gestiegenen Lebenspreise auch dieses wichtigste Nahrungsmittel dem Publikum und besonders den Arbeitern erschwinglicher gemacht werden müßte. Aber weit gefehlt. Mit einer Häufigkeit halten die Fleischer an den einmal eingeführten Preisen fest, als ob ihre Existenz gefährdet wäre, wenn sie sich dem Einkaufspreise anpassen würden. Und wenn man diese „armen Meister“ lächeln hört, wie traurig sie sich durchs Leben schlagen müssen, könnte man glauben, daß sie nur aus purer Menschenliebe den Fleischverkauf betreiben. Den von jeder üblichen Rabatt beim Einkauf der sogenannten kleinen Würstchen — trotzdem die Preiskauer Meister ihn beibehalten — haben unsere Menschenfreunde schon längst entzogen, und dabei ist die Minusatur-Ausgabe noch um ein wenig kleiner geworden. In eine Verbilligung der Fleischpreise ist leider nicht zu denken, da die „Elenden“ im Schöpfen der Konsumenten einig sind und „Kupferstecher“ bald zur Nation gebracht werden. Und da die Mehrzahl unserer Arbeiter den Wert der gewerkschaftlichen Organisation nicht einsehen wollen, um durch Eringung besserer Löhne den teuren Lebensmittelpreisen einigermaßen begegnen zu können, ist alles Geschimpfe verdolet.

Reife, 8. Juli. Wahlkreis-Konferenz. Die am Sonntag stattgefundene Wahlkreis-Konferenz war besetzt von Patschka, Biegenhals und Reife. Ferner waren anwesend Genosse Dars als Kandidat und Parteisekretär Scholich. Den Geschäftsbericht erstattete Genosse Reife. Danach gingen an Beiträgen von männlichen Mitgliedern 226,20 Mark, von weiblichen 65,10 Mark ein. 65 Neuaufnahmen brachten 12 Mark ein. Zusätze wurden 268,32 Mark gewährt. Ausgegeben wurden für Agitation 45,10 Mark, für Verwaltung 20,95 Mark, an den Bezirk wurden 30,43 Mark und an den Parteivorstand 60,86 Mark abgeliefert. Für Druckkosten und Bergelassen wurden 216,90 Mark ausgegeben. Der Kassenschatz der drei Vereine in Reife, Patschka und Biegenhals beträgt 108,57 Mark. Mitgliederbesammlungen fanden 20 Mal, außerdem 7 Volksversammlungen und 3 Frauenversammlungen. Die Zahl der Mitglieder ist um 25 gestiegen. Während wir von beherrschender Seite wenig bedrängt wurden, spürten wir desto mehr die wirtschaftliche Notlage unserer Genossen. In der darauf folgenden Zeit regen Kampftage, wurde über die bestehenden Mängel in Bezug auf die Zustellung der „Waldwacht“ diskutiert, und der Vorstand beantragt, eine einflussreiche Besondere in unserem Belm zweiten Punkt der Tagesordnung gab Genosse Scholich einige Winke für unsere nächste Agitation, und empfahl mehr als je, für die Verbreitung unserer Ideen zu sorgen. Das auch für uns noch sehr viel gefordert werden kann, soweit unsere Agitation an den letzten Sonntagen. Genosse Dars betonte, daß immer noch viel zu tun ist, um die Arbeiterbewegung zu fördern.

Voll muß aber die Verlogenheit der Schwarzten besser unterrichtet werden. Es wurde daher der Antrag von Reife beschlossen, eine Zentral-Konferenz zu errichten, die für genügende Veranschaulichung der Zentralmateria aus unserer Zeitung sorgen soll. Die Stadtvorordnetenwahlen wurden ebenfalls einer Besprechung unterzogen, und die daraus nötigen Schritte gezogen. Als Kreisleitung wurde der jeweilige Vorstand von Reife bestimmt. Auch die nächste Konferenz soll wieder in Reife tagen. Dem Antrag Patschka auf lebhaftere Agitation unter der Jugend wurde zugestimmt. Auch wurde die Schaffung einer besonderen Kreis-Lasse beschlossen, zu der jeder Ortsverein 20 Prozent der Beiträge abzuführen hat. Die Konferenz wurde nach dreitägiger Dauer mit dem Wunsche geschlossen, daß wir zur nächsten Konferenz die doppelte Zahl von Mitgliedern und „Waldwacht“-Lesern aufweisen möchten, was auch möglich ist, wenn jeder Genosse seine Pflicht tut.

Reife, 11. Juli. In der Sozialdemokratischen Partei sind seit einer Reihe von Jahren beherrschende Persönlichkeiten von der Garberobenhof Anna Sagawe und mehreren Arbeiterinnen begangen worden. Die Durchsetzungen kamen durch den Gelliebten der Enkelin des Sagawas aus Tageslicht. Diese Angelegenheit beschäftigte seit dem Gerichtshof. Die Angeklagte, 66 Jahre alt, hat seit sechs Jahren die Stellung inne und hatte eine Anzahl Arbeiterinnen zu bestimmen gezwungen, Schokoladen, Kaffee, Zuckerpflanzen, Konfitüren, Marzipan etc. zu stellen und ihr zu bringen. Mit den gekauften Waren trieb die Sagawe einen schwunghaften Handel mit ihren Verwandten. Regelmäßig gingen monatlich Pakete ab nach verschiedenen Städten. Wie der junge Sagawa, der Gelliebte der mitangefangenen Irene Klossel, behauptete, sind im Monat Dezember 1912 allein etwa 1 1/2 bis 2 Zentner Zuckerwaren verschickt worden. Die Ostern 1913 zur Verladung gelangenden Waren, die aber beschlagnahmt wurden, hatten allein einen Wert von 72 Mark. Außerdem hatte die Sagawe den Fabrik gehörige Posten von Handbüchern, Wischbüchern, Schenkerlappen, 120 Meter Seidenband, aus dem Kleider der Arbeiterinnen dreifach Portemonnaies mit verschiedenen Zeichnungen, zwei Dugend Taschentücher, Kopfkissen, etwa 12 Stück Schirme gestohlen. Die Angeklagte hatte zum Schein einige Waren bestellt und auch bezahlt. Mehrwältigerweise hatte die S. eine große Anzahl Schlüssel, die auch zu verschiedenen Türen der Fabrik passten. Die Angeklagten wurden des Diebstahls bezichtigt, der gewerkschaftlichen Tätigkeit überführt und nach dem Antrag des Staatsanwalts: Anna Sagawe zu zwei Jahren Zuchthaus, drei Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Irene Klossel zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Reife, 11. Juli. Moderne Sklaverei. Der Lohn-gärtner Friedrich Ober, der bei dem Gerbstoffbesitzer E. Scupin in Cronendorf in Diensten stand, verweigerte am 9. Juni dieses Jahres die Arbeit, weil er von dem Vogt des Scupin geschlagen worden war. Auf Antrag des Dienstherren erließ der Amts-vorsteher in Schmöle gegen Ober eine Strafverfügung in Höhe von 6 Mark eventuell drei Tagen Haft, gegen welche Ober Widerspruch erhob. Da das Gericht aber ebenfalls die Arbeitsverweigerung als unannehmlich erachtete, kam es der Widerspruch nur auf das Strafmaß einwirken, welches auf 3 Mark ermäßigt wurde.

Reife, 11. Juli. Erschossen hat sich hier der einjährige Vetter von der 8. Kompanie des hiesigen Infanterie-Regiments Nr. 49, Sohn eines Kreisbeamten in Strehno. Er war erst kürzlich mit 10 Tagen Mittelarrest bestraft, weil er an einem Tage den Dienst veräußert hatte. Schon damals wurde ihm ein Revolver abgenommen, wobei er äußerte, er würde die Strafe nicht überleben. Seitdem muß sich Vetter mit Selbstmordgedanken quälern. Er hatte sich vor einem Schreiber eine Pistole geliehen. Am Montag war er wieder nicht zum Dienst erschienen. Ein Teil der Kompanie wurde auf die Suche geschickt, und man fand den V. in einem Restaurant im nahen Kornhof. In der Folge verübte er Selbstmord.

Briefkasten.

- Sprechstunden des Redaktionsschreibers** nur v. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskünfte nur nach Antragsformel erstellbar.
- G. S.** Sie machen sich nicht strafbar.
- H. A.** Die Dienstverweigerung unterlegen nicht der Krankenversicherungspflicht. Gest mit dem 1. Januar 1914 tritt für sie die Versicherungspflicht ein.
- Frau M. S.** Die Miete müssen Sie wie immer zahlen. Fordern Sie aber den Wirt auf, die Uebelstände zu beseitigen und ersuchen Sie ihn, wenn er es nicht tut, so werden Sie es selbst veranlassen und die Kosten von der Miete in Abzug bringen.
- H. 99** Sie haben nicht nötig, das Gewerbe anzumelden. Siegen, N. S. 100. Der Vormund des Kindes muß auf Grund des vollstreckbaren Urteils Lohnpändung bei dem Schuldur veranlassen.
- H. A. G.** 1. Ein angemessener Betrag für Arbeitsleistung und das Jahrgeld ist abzugsfähig. Das Einkommen der Frau wird zu dem des Mannes gerechnet. Frauen werden nicht selbst veranlagt. 2. Wenn bisher noch kein Antrag auf Unterstützung der Kinder gestellt worden ist, so konnte die Gemeinde auch nicht zahlen. Der Vormund muß den Antrag stellen, weigert sich die Gemeinde, so ist Beschwerde beim Landrat zu erheben.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Juli.

Die Neuwahlen zu den Organen der Krankenkassen und Versicherungsämtern in Preußen.

Vom preussischen Handelsminister ist vor kurzem Anweisung an die Regierungspräsidenten über die Neuwahlen zu den Organen der Krankenversicherung ergangen. Danach sind die Wahlen zu den Vorständen der neu zu errichtenden allgemeinen Ortskrankenkassen, sowie zu den Vorständen der aus bestehenden Kassen ausgestalteten allgemeinen Ortskrankenkassen in der ersten Hälfte des Monats November 1913 vorzunehmen. Dies setzt voraus, daß vorher, also Ende Oktober oder Anfang November, die Wahlen zu den neuen Ausschüssen der allgemeinen Ortskrankenkassen vorgenommen werden müssen. Bei neu zu errichtenden Kassen wird die Wahl von dem Gemeindeverband (Magistrat oder Landrat), bei den ausgestalteten Kassen von dem bisherigen Vorstand ausgeführt. Es ist also an der Zeit, die Vorarbeiten für diese Wahlen zu treffen.

Die Wähler zu den Versicherungsämtern werden bekanntlich in indirektem Wahlverfahren durch die Vorstände der Krankenkassen gewählt. Nach jener Ministerialverordnung sind hierzu wahlberechtigt nur die neu zu errichtenden Vorstände der allgemeinen Orts- und Landkrankenkassen, sowie die Vorstände der bestehenden bisherigen Kassen. Die Vorstände der am 1. Januar 1914 zu schließenden Kassen sind danach nicht mehr wahlberechtigt. Als Termin für die Wahlen der Versicherungsämter zu den Versicherungsämtern ist die zweite Hälfte des Monats November 1913 bestimmt.

Die Wähler zu den Versicherungsämtern wählen dann im Monat Dezember die Wähler der Oberversicherungsämter.

Ärzte und Krankenkassen.

Im Anschluß an die Stellungnahme unseres Blattes zu den Auseinandersetzungen zwischen Krankenkassen und Ärzten ersucht uns ein bürgerlicher Arzt um Aufnahme der folgenden Darstellung:

„Wir wollen keinen Kampf, sondern Einigung, ohne aber Herren über die Kassen“ zu werden, sondern nur als gleichberechtigte Mitwirkende. Die Einteilung in verschiedene Klassen von Kassenmitgliedern entspricht doch nur der Gerechtigkeit, da eben jeder Mensch mit höherem Einkommen mehr zahlen kann, als der schlechter situierte. (Die Kassen haben doch auch Einteilung nach Lohnklassen.) Ihre Zeitung bringt oft Artikel über die hohen Dividenden der großen Betriebe; dem kann man vergleichen die Mehrleistungen der Krankenkassen für ihre Mitglieder, während die Arbeitnehmer (also hier die Ärzte) leer ausgehen. Die Redenart vom Dienstmannslohn ist keine Phrase; ich kann Ihnen aus meinen Büchern leicht beweisen, daß für die Einzelleistung noch nicht 40 Pfennig herauskommen. Daß wir die Gelegenheiten benutzen wollen, um höhere Honorare zu erlangen, müßte doch Ihre Partei, die uns darin als Vorbild in ihrer Geschäftlichkeit dient, begreifen und würdigen. Bedenken Sie a. B., daß wir Gesundheitsfürsorge, die doch wohl zum Schicksal und Verantwortungs-wollen zählt, bei einer großen Anzahl sehr bedeutender Kassen (Schneider, Fabrikarbeiter) nicht bezahlt bekommen, dafür aber oft einen großen Teil der Nacht opfern müssen.

Andererseits sehen Sie Berichte von Kassen mit freier Arztwahl und Bezahlung von Einzelleistungen an, z. B. Waadoburg. Dort florieren die Kassen durch das Mitwirken der Arbeiter beider Teile, und alles ist zufrieden. Die freie Arztwahl, d. h. die von uns geforderte „organisierte“, belastet die Kassen nicht mehr, bringt ihnen aber durch unsere Anstrengung viel Nutzen und Schutz vor Ausbeutung durch Simulanten, andererseits werden die Ärzte dazu erzogen und erzwungen, nicht mehr Leistungen als nötig einzuführen, um auch so die Kassen zu schützen.

Die Kassenvorstände sollten endlich aufhören, die Ärzte als ihre Gegner zu betrachten, sondern als gleichberechtigte Helfer und Mitarbeiter, die sie sein wollen, ansehen.

Soweit die Ärzte ihre Tätigkeit in dem Rahmen aufnehmen, als der Einsender es schildert, wird natürlich kein Gewerkschafter und erst recht kein Sozialdemokrat dagegen etwas einzuwenden haben. Der Leipziger Ärzteverband geht aber viel weiter. Nicht als gewerkschaftliche Kampforganisation hat er sich etabliert, sondern als eine moderne Kunst, die Monopolisierung ihrer Tätigkeit, Privilegierung durch den Staat, Ausschaltung jeder Konkurrenz, Unterdrückung der Frauenarbeit, gesetzliche Erschwerung anderer Heilmittel und ähnliche reaktionäre Maßnahmen durchsetzen möchte. Auf diesem Gebiete liegt dann auch ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Krankenkassen, die es den mit Gütern am wenigsten gesegneten Mitmenschen möglich machen sollen, rechtzeitige Hilfe für ihren kranken Körper zu suchen. Die Forderungen der Ärzte waren dabei oft so rigoros, daß die anderen Aufgaben der Kassen, besonders die Unterstützung der erkrankten Mitglieder durch ein Krankengeld, kaum noch zu erfüllen waren. Denn es ist doch ein böser Trugschluß des Einsenders, wenn er glaubt, die am Munde abgeparten Kassenbeiträge der Arbeiter den hohen Dividenden der Aktionäre gleichstellen zu können, die andere für sie erarbeiten. Dazu kommt, daß der Kampf der Ärzte, der Helfer der Menschheit, an manchen Orten in einer Weise geführt wurde, die jede Rücksicht auf in Gefahr schwebende Mitmenschen vermissen ließ. Wo außerordentlich niedrige Honorierung Tatkunde ist, muß gewiß Abhilfe geschaffen werden, aber lieber kommt uns seit Jahren glaubhafte Kunde, wie oft Kassenärzte ihre „Leistung“ diesem niedrigen Honorar anpassen. Ein Teil der beantragten Stellenungen läuft darauf hinaus, den Kassenmitgliedern jeden Vorteil ihres Zusammenschlusses zu nehmen, jenes Zusammenschlusses, den die Ärzte so gut auszunutzen wissen.

Wir bebauern es, wenn ein durch anstrengendes und langjähriges Studium erworbenes Wissen nicht sein entsprechendes Entgelt findet, und das sozialdemokratische Ziel ist es bekanntlich, alle Ärzte in jenes Verhältnis zu ihren Patienten zu bringen, das wir heute in öffentlichen Krankenhäusern, Kliniken, Säuglingsheimen, Altschulen u. d. d. m.

Aber gerade die Herren, die in solchen Instituten mit mehr allgemeinem und humanem Sinn ihren Mitmenschen dienen können, werden manchmal die Äußerung über den ungläubigen Buntgeist ihrer Kollegen brauchen!

Jahrhundert-Ausstellung.

Festkonzert in der Jahrhunderthalle.

Morgen Sonnabend, den 12. Juli, findet das Festkonzert in der Jahrhunderthalle statt, das man allgemein mit größter Spannung erwartet. Sein Dirigent, Julius Prälwiler, wurde im Jahre 1874 zu Wien geboren. Auf sein ungewöhnliches pianistisches Talent wurde schon Franz Liszt aufmerksam. Die Ausbildung zum Klaviervirtuosen erhielt er bei Arthur Schnitzler und Moriz Rosenthal, theoretischen Unterricht von Robert Fuchs, Franz Krenn und Johannes Brahms. Unter Hans Richter bildete sich Prälwiler zum Dirigenten aus, dann führte ihn seine Laufbahn von Oesterreich über Köln nach Breslau, an dessen Stadttheater er seit 1898 eine ungemein reiche Tätigkeit entfaltete. Den internationalen Ruf begründete er im Jahre 1898, wo er am Kaiserlichen Theater zu Petersburg die erste Aufführung von „Tristan und Isolde“ in Russland leitete, und beauftragte ihn als Erster Dirigent der „Salome“-Tournee, die die Breslauer Oper im Mai 1907 nach Wien und Budapest führte. — Willeis im Verkehrs-Bureau Barasch, Ring und in der Hofmusikalienhandlung bei Painauer, Schweidnitzerstraße.

Ein Führer durch das Festkonzert.

Um einem längst empfundenen Bedürfnis Rechnung zu tragen, hat der Musikausschuß der Jahrhundert-Ausstellung Herrn Dr. M. Ehrenhaus mit der Aufgabe betraut, die Hörer durch eine kurze Einführung mit dem Inhalt und der Form der einzelnen Kompositionen bekannt zu machen. Ohne allzuviel Fachsprache zu treiben, werden in dem kleinen Büchchen (Preis 80 Pf.) die jeweiligen Themen zerlegt, was ohne Kenntnis des betreffenden Musikwerkes ist. Selbst für den Fall, daß er die in Notenschrift wiedergegebenen Themas nicht verstehen kann, vermag das Büchchen auch ihm dennoch so manches Notwendige zu sagen. Jedenfalls hat der Berliner Volkstheater mit den zu seinen Konzerten herausgegebenen Einführungen, die noch mehr wie das vorliegende Büchchen auf das Verständnis des Nichtmusikers zugeschnitten waren, die besten Erfahrungen gemacht. Nur darf man beim Hören nicht erst beginnen, das Stück zu analysieren. Sonst verdirbt man sich den vollen Genuß. Alles in allem kann man das Büchchen nur empfehlen.

Auf dem Sportplatz der Ausstellung.

(Sportplatz Grünheide) findet am kommenden Sonntag ein Fußballvorkampfbildspiel um den Ehrenpreis der Ausstellung statt, in dem sich die ersten Mannschaften des „Vereins für Rasenspiele“ und des „Vereins Breslauer Sportfreunde“ gegenüberstellen und sich voranschaulich ein sehr interessantes Spiel liefern werden.

Um 6 1/2 Uhr abends findet auf dem gleichen Platze ein Vokalvorkampfbildspiel um den Ehrenpreis der Ausstellung für die Jahrhundertfeier statt, in dem der Sportklub „Marathon“ gegen Sportklub „Schlesien“ tritt. In beiden Veranstaltungen sind Willeis an der Kasse, zu dem Fußballspiel auch in den durch Plakate kenntlich gemachten Stellen und in der Verkehrs-Halle der Ausstellung zu haben.

Ausstellungs-Natur-Theater.

Heute Freitag gelangen nachmittags die reizenden Einakter: „Das war ich“ und „Der Ruzin“ und die „Pikare“ zur Aufführung. Abends 8 Uhr geht Hauptmanns Märchendrama „Die verunkelte Glode“ zum dritten Male in Szene, dessen Wiedergabe im Naturtheater großen Beifall fand. Sonnabend nachmittags 4 1/2 Uhr findet die erste Vorstellung des entzückenden Lustspiel „Danz frei“ von Otto Ludwig statt. Das fast unbekannte Werk wurde zu Lubmigs 100. Geburtstag an der Dresdener Hofbühne zu neuem Leben erweckt und ist für Breslau Novität. Von Regisseur Göhe inszeniert, gelangt „Danz frei“ durch die Damen Derry, Stranz, Spiess und die Herren Antony, Bantel, Brud, Gombas, Wilhelm zur Darstellung. Sonnabend abend wird Shakespeares „Was ihr wollt“ wiederholt. Sonntag abend: Des Löwen Erwachen“, Operette von Joh. Brandl und „Das Fest der Sandwerker“ von Angely.

Der Schweidnitzer Keller vor dem Gewerbegericht.

Ein Keller, der 4 Jahre im Schweidnitzer Keller beschäftigt war, ist entlassen worden. Erklagt gegen den Pächter, Herrn Kluge auf Zahlung einer Lohnschuld von 62 Mk., wobei 35 Mk. auf Lohn und das übrige auf entgangene Lohn-gelder kommen. Der Kläger behauptete, zu Unrecht entlassen worden zu sein. Der Beklagte beantragte die Abweisung der Klage. Der Kläger wäre am Entlassungstage trotz wiederholter Verwarnung angetrunken gewesen. Im Schweidnitzer Keller dürfe so etwas nicht vorkommen, besonders nicht bei dem großen Fremdenverkehr. Die Keller betriebe sich auch nicht, der Kläger war die einzige Ausnahme. Im Schweidnitzer Keller, wo 90 Keller tätig sind, herrscht ein Musterbetrieb. Schon 6 Wochen vorher war der Kläger einmal betrunken, da ist ihm erklärt worden, noch einmal dürfe es nicht vorkommen. Lieberginge sei der Kläger erst entlassen worden, als er sich weigerte, 2 Mk. Ordnungsgeld zu zahlen. In der Arbeitsordnung des Schweidnitzer sei festgesetzt, wie die Keller sich zu verhalten haben, gegen die Arbeitsordnung habe der Kläger entschieden verstoßen.

Der Kläger bestritt angetrunken gewesen zu sein, wenn ein Keller noch drei Stunden tätig sein kann, könne man von einer Arbeitsunfähigkeit nicht reden, das noch nicht im Schweidnitzer ein Keller betrunken war, das sei doch eine etwas vage Behauptung, manchen merkt man es nur nicht an, daß er betrunken ist. Der Geschäftsführer, der als Zeuge vernommen wurde, sagte aus, daß der Kläger zwar nicht arbeitsunfähig war, aber hin und her geschwankt ist, hätte er die Strafe bezahlt, wäre er nicht entlassen worden. Der Vorsitzende Gewerbeichter Bauer gab sich Mühe, einen Vergleich herbeizuführen. Herr Kluge bestand aber auf Abweisung, die schließlich erfolgte, da das Gewerbegericht die Entlassung als berechtigt anerkannte.

Wir wir privatim erfahren, ist im Schweidnitzer Keller der Verkehr nicht weniger als ein Musterbetrieb. Es herrscht da eine äußerst anstrengende 18 stündige Arbeitszeit. Straßen- und Lohn-abzüge sind an der Tagesordnung, dagegen ist erwiesen, daß Herr Kluge im Schweidnitzer zu einem reichen Manne geworden ist.

Zwangsvollstreckungen. Die Grundstücke Oederstraße 88 und Sprudelstraße 2 und das Grundstück Kärenstraße 88 sollen gerichtlich verkauft werden. Personen, die ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erstellung des Aufschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, andernfalls der Versteigerungstermin an die Stelle des Beendigungs-termins tritt.

Eine neue Schnapsbrenner-Gesellschaft.

Im Breslauer Konzerthaus wurde am 8. Juli eine Gesellschaft zur Hebung des Brennereigewerbes zu Breslau gegründet. Es ist interessant, die Namen der Vorstandsmitglieder und des Aufsichtsrats dieser neuen Schnapsbrenner-Gesellschaft zu erfahren. So sind die Herren:

- Hauptmann Maetsche-Rudelsdorf,
- Altregimentsbesitzer Dr. v. Korn-Rudelsdorf,
- Graf Strachwitz,
- Regierungsrat Rajahn-Wachnik,
- Rittmeister Kaiser-Fuchsmühl,
- Detonometrist Madelung-Sacrau,
- von Mitsche-Collande.

Wenn die schlesischen Arbeiter diesen Reuten eine Freude machen und den Beutel füllen wollen, dann müssen sie recht viel Schnaps trinken!

Die gratis gefütterten Kaninchen.

Die in der Gasanstalt 4 in Dürgoy beschäftigten freigelegten Arbeiter hielten im Herbst 1912 eine Betriebsbesprechung ab, in der verschiedene Ungerechtigkeiten zur Sprache kamen. Unter anderem wurde über den Maschinenmeister des Gaswerkes August Maibaum in Frage gestellt, daß er über solche Arbeiter, die ihm nicht genehm seien, wegen der geringfügigen Strafen in Gestalt von Lohnabzügen verhängen lasse. Weiter wurde erwähnt, daß derselbe Maschinenmeister im Betriebsbereich eine regelrechte Kaninchenzucht betriebe und die Tiere (mehr als ein Duzend Kaninchen) von den Arbeitern gratis füttern und versorgen lasse. Es sei Maibaum auch wohl bekannt, daß die Arbeiter das Futter zur Nachzucht von Kaninchen von fremden Käufern holten; er dulde das jedoch stillschweigend, und wer recht viel Futter herbeischleppte, der sei bei ihm, wie man so zu sagen pflegt, liebend. Der Arbeiter Karl Fuchs behauptete sogar, Maibaum habe ihn ganz unverschämlich aufgefordert, nachts von einem ganz bestimmten fremden Käufern Klee, Gasse, Johannisblüthen usw. für die Kaninchen herbeizufahren.

Der Magistrat bekam Kenntnis von dem, was in der Betriebsbesprechung von Maibaums Kaninchenzucht besprochen worden war. Der städtische Betriebsinspektor Baumann erhielt vom Magistrat den amtlichen Auftrag, die Angelegenheit zu untersuchen und den Arbeiter Fuchs zu vernahmen. Nach seiner Vernehmung soll nun Fuchs zu einem Kollegen geduldet haben, er habe bei der Vernehmung zwar ausgesagt, Maibaum hätte ihn ausgeschied, Kaninchenfutter zu stellen, aber der das Protokoll abfassende Betriebsinspektor Baumann habe es dennoch unterlassen, dies ins Protokoll aufzunehmen. Darin sah der Betriebsinspektor den Vorwurf der absichtlichen Protokollfälschung gegen sich erhoben und stellte gegen Fuchs Strafantrag wegen Beleidigung. Auch Maibaum, gegen den das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Anstiftung zum Falschbescheid im Sande verlief, fühlte sich durch Fuchs „berleumdend“ beleidigt und stellte gleichfalls gegen diesen Strafantrag. Da die angeklagten Beleidigten im Dienste einer Behörde, nämlich des städtischen Magistrats stehen, schlossen sich den Strafanträgen der Oberbürgermeister Matting und der zuständige Stadtbaurat an. Das Sachverhalte, das zwei einfache Beleidigungen für vorliegend erachtete, erkannte gegen Fuchs im Mai d. J. auf fünfjährig Mart Geldstrafe, wogegen der Berufliche Berufung einlegte.

Die erneute Beweisaufnahme vor der 1. Strafkammer ergab durch die Befragungen einer Reihe Zeugen, daß Maibaum tatsächlich nie danach gefragt hat, woher stammt das Kaninchenfutter, das die Arbeiter angehepelt bringen? Daß der Maschinenmeister die Tiere zum Falschbescheid direkt angeklagt habe, war nicht zu erweisen. Der Angeklagte hielt auch vor der ersten Strafkammer aufrecht, daß er von Maibaum angeklagt worden sei, Futter von fremden Käufern nachts zu stellen. Der als Zeuge gehörte Maschinenmeister bestritt unter dem Eide das, was ihm der Angeklagte vorwarf. Er, Maibaum, will immer geglaubt haben, das Futter kam aus dem eigenen Besten der Arbeiter, aus ihren Schrebergärten usw. Selbst gegeben mußte Maibaum, daß er aus städtischen Materialien einen Kleinfeststoff für seinen Privatgebrauch und Zinnsoldaten für seine Jungen in der Gasanstalt hergestellt habe. Einer dieser Soldaten stierte den Gerichtstisch.

Das die Beleidigung des Betriebsinspektors anging, so erklärte der Angeklagte, er habe nur von einem Versehen, nicht aber von absichtlicher Unterlassung der Entragung eines bestimmten Teils seiner Aussagen ins Protokoll gesprochen.

Die Strafkammer verurteilte die Berufung den Erfolg, und Herr Landgerichtsdirektor Wundberg gab sogar seinem Bedauern Ausdruck, daß in diesem Falle das Berufungsgericht nicht auf eine weit höhere Strafe erkennen dürfe. Nehe das Urteil das zu, so hätte die Kammer den Angeklagten ins Gefängnis gesteckt. Es handelte sich um äußerst heftige Beschuldigungen gegen einen städtischen Beamten, an denen absolut nichts daran sei. Hier sei auch bemerkt, daß Maibaum während der Verhandlung das Ganze als „einen Radikal des Verbandes“ zu bezeichnen beliebte. Im übrigen blieben die Worte, die der Staatsanwalt in erster Instanz hinsichtlich des Verhaltens des Maschinenmeisters gebrauchte, ein lehrreiches Gegenstück zur Urteilsbegründung des Herrn Wundberg. Damals sagte der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsreferent Kellon, wörtlich: „Der Maschinenmeister hat insofern inkorrekt gehandelt, als er es unter keinen Umständen dulden durfte, daß die ihm unterstellten Arbeiter für seine Kaninchen sorgten. Er mußte sich sagen, daß die Arbeiter, die selbst von der Hand in den Mund leben, das Futter nicht kaufen können, sondern von fremden Käufern holen.“ Wie Herr Wundberg demgegenüber von „höflicher Verleumdung“ des Maschinenmeisters sprechen kann, ist uns unerfindlich.

Ueber das gärtnerische Lehrlings- und Fortbildungswesen sprach der städtische Garteninspektor Jung-König. Grundbedingung für den Gärtnerberuf ist die körperliche Gesundheit. Der beste Betrieb einer Lehrstätte sind nicht die großen Betriebe, sondern die Anstalten wo der Lehrling mit anpacken muß. Die Haltung darf nur Fachleuten anvertraut werden die genügend durchgebildet sind. Die Zahl der Lehrlinge muß sich nach der Zahl der Gehilfen richten, wo keine Gehilfen sind, dürfen keine Lehrlinge beschäftigt werden. Der Lehrling muß unbedingt eine Fachschule besuchen können. Die neuen Gärtnervereinschüsse bei den Landwirtschaftskammern sollten verhindern, daß alle die keine Prüfung bestanden haben, auch keine Lehrlinge ausbilden dürfen. Die Zustände sind grauig; und es kommt vor, daß Leute Lehrlinge halten die keine Gärtner sind aber heimlich gelehrt haben. Es muß dem Intelligenzmann die Möglichkeit gegeben werden, mindestens ein Jahr die Gartenschule zu besuchen. Gehilfen dazu sollte der Staat zur Verfügung stellen. Eine bessere theoretische Ausbildung ist allen nötig, wollen wir nicht hinter der Landwirtschaft zurückbleiben; es ist die beste Sicherung unseres Gewerbes und nicht nur die besten ameres Berufes, auch die Kassen unseres Berufs bedürfen der geistigen Bildung. Das sind freilich ideale Wünsche, nur ist es leider unter den heutigen Verhältnissen rein unmöglich, sie durchzuführen. Der Unverstand und die Genußsucht der Unternehmer hat eben in dem Lehrling nur eine billige und recht bequeme Arbeitskraft

Geld liegt auf der

Strasse, man muss es nur verstehen aufzuheben. — Sie brauchen sich nur einmal unsere Abteilung

Getragene Mass-Garderoben

anzusehen, dann werden Sie die Vorteile schon selbst erkennen.

Getr. Mass-Anzüge 10.— 12.— 16.— 20.— usw.
Getr. Mass-Ulster 10.— 14.— 18.— 22.— „
Getr. Mass-Paletots 8.— 12.— 16.— 20.— „

Moderne neue Herren- und Jünglings-Garderoben für jede Figur passend. 4271

Gesellschafts-Anzüge teilweise von 3.— an.

Kaufhaus für Herren-Garderoben G. m. b. H.

Neuen Schweidnitzerstrasse 6

an der Gartenstrasse.

Masurs 650 H. u. D. Stiefel Sind Gut Und Schön!

Verkaufsstelle: Schmiedebücke 67, an der Kupferschmiedestraße. 4044

Radrennbahn Breslau-Grüneiche.

Sonntag, den 13. Juli cr., nachm. 3 1/2 Uhr:

4 Länder-Wettkampf

Rennen über 40 und 80 km hinter grossen Motoren.

Es starten:

P. Thomas, Deutschland.
R. Leviennis, Belgien.

Tommy Hall, England.
H. Kjeldsen, Dänemark.

Ausserdem

4819

Grosser Fiegerpreis von Schlesien

4 Rennen mit guter Besetzung für Berufsfahrer. (2 Tandem-Rennen.)
Alles Nähere durch Anschlagssäulen.

Wir empfehlen:

Germinal

Sozialer Roman von Emile Zola.

Packende Schilderungen aus dem Bergarbeiterleben.

Preis nur 1.— Mk.

Zu beziehen durch die Expedition u. die Kolporteurs.

Jungvoik

Ein Almanach für die arbeitende Jugend:

1913.

Preis 50 Pfg.

Zu beziehen durch Expedition und Kolporteurs.

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler
kaufen Sie reell und billig bei
Paul Hanschild jr.,
Eisenwarenhandlung,
103 Friedrich-Wilhelmstrasse 102.

Spüle mit Henkel's Bleich-Soda.

Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau
Museumplatz 4

Schuhwaren
in Herren-, Damen- u. Kinderstiefeln
zu äusserst billigen Preisen.
Martha Christmann, Geschäftsführerin.
Auguste Koch.
36 Scheitnigerstrasse 36
Bitte genau auf Firma zu achten.

Neumarkt 45. Arbeitshosen.
UNZERREISSBARE ARBEITSHOSEN
sehr dauerhaft nur bei Gustav Krauerhase,
Inhab.: Oskar Dehmel.
Neumarkt 45. — Gebr. 1883.

Original-Phönix-Nähmaschinen
für Gewerbe- u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Ausstüpfen besonders geeignet — Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen
Jul. Dressler & Co. Breslau, Ring 6.
Grösste Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Triumph-Cito
einfache Marken zu jetzigen Preisen.
Geräumige Räder von 15 Zoll an.
Neue Räder von 30.70 Zoll an.
Kleinere Modelle schnell und preiswert.
Beliebteste Garantie. Zulassung gefordert.
Tschechiner Fahrradhaus
Ergänzungsstr. 13. 12137
Friedrich-Wilhelmstr. 103.

Deutscher Tabakarbeiterverband

Filiale Breslau.

Nachstehende Firmen werden den Bedingungen des für Breslau geltenden Minimaltarifs in keiner Weise gerecht:

- Jacob Jakoby, Kronprinzenstr. 40.
- Max Schüller, Bartschstr. 12, Filiale Tauentzienstr. 109.
- D. Reichelt, Weissenburgerstr. 4.
- R. Schlegel, Bohrauerstr. 127.
- Ludwig Bruck, Trebnitzerpl. 2.

- Richard Zibulka, Westendstr. 65.
- Max Cohn, Inh.: Ida Cohn, Gräbnerstr. 19/21.
- R. Dittert, Leuthenstr. 41.
- J. Speldrich, Friesenstr. 31.

Ueber die genannten Firmen ist die Sperre verhängt.

Die Firmen W. Langner, Bismarckstr. 38 und M. Hilbig (Inh.: Auguste Reich) haben den Tarif unterschriftlich anerkannt. Wir erklären hiermit die Sperre über diese Betriebe für aufgehoben. Der Kleinvertrieb von Zigarren in der Ausstellung ist der hiesigen Firma Schwarze & Müller übertragen, die keine tariffreien Fabrikate führt. Der Kleinvertrieb für Zigaretten ist der Firma Gebrüder Falpaus (tariffrei) übertragen. Wir bitten, dies besonders zu beachten.

Die Ortsverwaltung.

B. Preussisch-Süddeutsche (220. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

L. Klasse 2. Ziehungstag 10. Juli 1913 Nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne zu setzen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 50 Mk. sind in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr u. St. A. f. S.) (Nachdruck verboten)

100000	100001	100002	100003	100004	100005	100006	100007	100008	100009	100010	100011	100012	100013	100014	100015	100016	100017	100018	100019	100020	100021	100022	100023	100024	100025	100026	100027	100028	100029	100030	100031	100032	100033	100034	100035	100036	100037	100038	100039	100040	100041	100042	100043	100044	100045	100046	100047	100048	100049	100050	100051	100052	100053	100054	100055	100056	100057	100058	100059	100060	100061	100062	100063	100064	100065	100066	100067	100068	100069	100070	100071	100072	100073	100074	100075	100076	100077	100078	100079	100080	100081	100082	100083	100084	100085	100086	100087	100088	100089	100090	100091	100092	100093	100094	100095	100096	100097	100098	100099	100100
--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

B. Preussisch-Süddeutsche (220. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

L. Klasse 2. Ziehungstag 10. Juli 1913 Nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne zu setzen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 50 Mk. sind in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr u. St. A. f. S.) (Nachdruck verboten)

100101	100102	100103	100104	100105	100106	100107	100108	100109	100110	100111	100112	100113	100114	100115	100116	100117	100118	100119	100120	100121	100122	100123	100124	100125	100126	100127	100128	100129	100130	100131	100132	100133	100134	100135	100136	100137	100138	100139	100140	100141	100142	100143	100144	100145	100146	100147	100148	100149	100150	100151	100152	100153	100154	100155	100156	100157	100158	100159	100160	100161	100162	100163	100164	100165	100166	100167	100168	100169	100170	100171	100172	100173	100174	100175	100176	100177	100178	100179	100180	100181	100182	100183	100184	100185	100186	100187	100188	100189	100190	100191	100192	100193	100194	100195	100196	100197	100198	100199	100200
--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

B. Preussisch-Süddeutsche (220. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

L. Klasse 2. Ziehungstag 10. Juli 1913 Nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne zu setzen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 50 Mk. sind in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr u. St. A. f. S.) (Nachdruck verboten)

100201	100202	100203	100204	100205	100206	100207	100208	100209	100210	100211	100212	100213	100214	100215	100216	100217	100218	100219	100220	100221	100222	100223	100224	100225	100226	100227	100228	100229	100230	100231	100232	100233	100234	100235	100236	100237	100238	100239	100240	100241	100242	100243	100244	100245	100246	100247	100248	100249	100250	100251	100252	100253	100254	100255	100256	100257	100258	100259	100260	100261	100262	100263	100264	100265	100266	100267	100268	100269	100270	100271	100272	100273	100274	100275	100276	100277	100278	100279	100280	100281	100282	100283	100284	100285	100286	100287	100288	100289	100290	100291	100292	100293	100294	100295	100296	100297	100298	100299	100300
--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

B. Preussisch-Süddeutsche (220. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

L. Klasse 2. Ziehungstag 10. Juli 1913 Nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne zu setzen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 50 Mk. sind in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr u. St. A. f. S.) (Nachdruck verboten)

100301	100302	100303	100304	100305	100306	100307	100308	100309	100310	100311	100312	100313	100314	100315	100316	100317	100318	100319	100320	100321	100322	100323	100324	100325	100326	100327	100328	100329	100330	100331	100332	100333	100334	100335	100336	100337	100338	100339	100340	100341	100342	100343	100344	100345	100346	100347	100348	100349	100350	100351	100352	100353	100354	100355	100356	100357	100358	100359	100360	100361	100362	100363	100364	100365	100366	100367	100368	100369	100370	100371	100372	100373	100374	100375	100376	100377	100378	100379	100380	100381	100382	100383	100384	100385	100386	100387	100388	100389	100390	100391	100392	100393	100394	100395	100396	100397	100398	100399	100400
--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

